

das für diese Abgabe gilt. Wie verlautet, haben die Interessenten sich bereits an die amerikanische Regierung gewendet und es wird jedenfalls diplomatische Verhandlungen geben, bei denen die deutsche Regierung keinen leichten Stand haben wird. Dabei ist das ganze Gerede vom „Schutz des nationalen Reichtums“ blödes Geschwätz, denn die Produzenten von Kali haben allen Grund, froh zu sein, wenn ihnen die Ware abgenommen wird.

## Französischer Parteitag.

Paris, 16. Juli.

Gestern und heute hat die geeinigte sozialistische Partei den außerordentlichen Kongress abgehalten, dem der Parteitag in Nimes die Beratung der auf die Tagesordnung des internationalen Kongresses gesetzten Fragen überwiesen hatte. An der gestrigen Versammlung erledigte der Kongress alle Fragen der Tagesordnung mit Ausnahme der Genossenschaftsfrage, für die die ganze Verhandlung des zweiten Tages reserviert wurde. Die übrigen Fragen wurden — mit Ausnahme des Punktes: Schiedsgericht und Abrüstung — in Kommissionen erledigt. Eine ziemlich lebhafte Debatte entspann sich über die Zusammensetzung der Delegation auf dem internationalen Kongress. Es wurde beschlossen, daß die der französischen Partei austretenden 20 Stimmen in der Weise verteilt werden sollen, daß bei den durch den nationalen Kongress erledigten Fragen das Abstimmungsverhältnis dieses Kongresses zum Ausdruck kommt, bei andern Fragen dagegen entweder durch eine Beratung der Delegation eine Einstimmigkeit erzielt werden oder die Zahl der den einzelnen Delegierten erzielten Mandate entscheiden soll.

Die Kommissionsberichte über die Resolutionen rufen kurze, bidwellen jedoch stürmische Diskussionen hervor. Bei dem Punkt: *Internationale Solidarität* ist eine Intervention Ruled Guesdes zu verzögern. Genosse Baillant hat die schon vom Kongress in Nimes angenommene Resolution vorgelegt, die bestimmt: „In allen Fällen, wo ein Konflikt zwischen zwei oder mehreren Ländern droht und ein Jürgen oder ein Säumen in der Entscheidung auf Seite der angegangenen nationalen Parteien vorliegt, hat der Sekretär der I. S. B. das internationale sozialistische Bureau und die interparlamentarische sozialistische Kommission dringlich einzuberufen.“ Guesde erklärt diese Formel für unannehmbar. Sie bedeute einen Eingriff, eine moralische Beurteilung der nationalen Partei, die die internationale Aktion in der gegebenen Situation nicht für notwendig halte und könne die Folge haben, die nationale Partei geradezu zu entwaffnen, da ihre Propaganda gegen die zum Kriege treibenden Mächte von den Gegnern auf die Pression des Auslands zurückgeführt werden könnte. Auch müsse man den interessierten Nationen trauen, die Situation am besten zu bearbeiten. Baillant bestreitet, daß seine Resolution die ihr von Guesde augeschriebene Tragweite habe. Das internationale Bureau sollte nicht ausführen, ein Vermittlungsbüro zu sein und keine Autorität. Baillant erklärt sich indes bereit, in die Resolution nach den Worten „hat der Sekretär“ die Einschaltung „auf Antrag mindestens eines der interessierten Proletariaten“ aufzunehmen. In dieser Fassung wird die Resolution einstimmig angenommen.

Was die internationale Solidarität in Streikfällen betrifft, so besagt der angenommene zweite Teil der Resolution der Kommission, daß sich das internationale sozialistische Bureau im gegebenen Fall mit dem internationalen Gewerkschaftsbüro in Verbindung setzen soll, um Partei und Gewerkschaften sowie die sozialdemokratische Presse instand zu setzen, eine wirksame Hilfeleistung zu organisieren. Besonders ist der Punkt: Internationale Arbeit nicht zum wenigsten darum auf die Kopenhagener Tagesordnung gebracht worden, weil Frankreich während des schwedischen Generalstreiks vollkommen versagt hat. Daß der gestrige Besluß Bürgschästen für eine Befreiung in der Zukunft gibt, wird man wohl schwerlich behaupten können.

Zum Punkt Arbeitslosigkeit wird eine Resolution einstimmig angenommen, die die Unausrottbarkeit dieses sozialen Lebels in der kapitalistischen Wirtschaftsbewegung anerkennt, aber der internationale Aktion der Arbeiterklasse die Aufgabe zuschreibt, im Interesse der Widerstands- und Kampffähigkeit des Proletariats seine Wirkungen zu mildern und zu verringern. Zu diesem Zweck werden Enquêtes, eine bessere Organisation der öffentlichen Arbeiten, eine unablässige Agitation für die Beschäftigung der Arbeitszeit und gegen die Silikarbe und das Prämienystem, sowie für die Ausdehnung der Arbeiterversicherung auf die Arbeitslosigkeit gefordert.

Zum Punkt Schiedsgericht spricht u. a. Gembat, der auf seine schon früher vorgebrachte Idee von gemeinsamen Propagandareisen Parlamentarier verschiedener Länder zurückkommt, ohne indes einen bestimmten Antrag zu stellen. Namens der insurrektionellen Minderheit des Seine-Départements vertritt Pére ean eine Resolution, die die ganze Frage damit erledigen will, daß sie alle gesetzlichen Maßnahmen verwirft und die Notwendigkeit des revolutionären Generalstreiks verkündet. Guesde beantragt, in die von der Mehrheit der Seine-Föderation vorgeschlagene Resolution einen Passus aufzunehmen, der hervorhebt, daß der Krieg erst mit der kapitalisti-

Der Vater hatte damals auf der Kanzel fuchsteufelswild dreingeschaut, hatte gepolstert und aufgegeht, wo da die christliche Nächstenliebe bliebe, wenn man einem Menschen jeden Zehntritt zeitlebens fühlen ließe! Menschen, die sich besonders betroffen fühlten, wurde dabei ganz anders und sie verstehen heimlich und geduldig die Kirche.

Die Geistlichkeit in Brizzen hatte die Familie Rasseiner unter ihren Schuh genommen. Die Macht und das Unsehen der Frau Rasseiner wuchs in ihren kleinbürgerlichen Kreisen von Jahr zu Jahr. Die Frauen stellten sich auf möglichst guten Fuß mit ihr. Man fürchtete ihre böse Zunge.

Die Lina Rasseiner erhielt durch geistliche Vermittlung einen Freiplatz in der Töchterschule der Englischen Fräulein zu Brizzen. Dort wurde sie ganz ausgebildet und lernte Sprachen und Musik. Durch das geistliche Institut erhielt sie auch eine Stellung als Erzieherin in Frankreich.

Die Lina wäre also gut versorgt gewesen. Aber für die Dauer war das Leben in einer ernsten Familie durchaus nicht nach dem Geschmack des leichtsinnig veranlagten Mädels.

Seit einigen Monaten war die Lina nach langer Abwesenheit wieder heimgekommen. Ihre Rückkehr hatte einen förmlichen Aufruhr unter der Männerwelt von Brizzen hervorgerufen. Donnerwetter, die war einmal sauber! Das war ein Mädel! Und was die für Kleider und Hütte hatte. Und ein Benehmen. Da konnten sich die Brizner Mädels alle mitsammen verstekken!

Überall, wo die Lina hinkam, stand sie Bewunderer. Die Herren, junge und alte, zwirbelten die Schnurrbartspitzen in die Höhe und reckten ihre Gestalt so stramm als möglich, um den besten Eindruck bei dem Mädel zu machen. Bewundernde und auch dreist begehrliche Blide folgten ihr auf der Straße. Mit einem kleinen Lächeln pflegte Lina Rasseiner dann für die liebenswürdigen Grüße zu danken,

denen Gesellschaft aus der Welt gehabt werden können. Diesem Antrag wird stattgegeben und die Resolution mit 202 gegen 24 insurrektionelle Stimmen angenommen. Sie erklärt die Arbeiterinternationale für die beste Friedensliga, schreibt ihr aber, ohne Illusionen über das Maß des heutigen Erreichbaren anzulassen, die Aufgabe an, auf die Regierung einen Druck auszuüben, um den Schiedsgerichtshof eine möglichst regelmäßige und allgemeine Tätigkeit zu sichern. Sie weist auch auf die Notwendigkeit einer vom chauvinistischen Geist befreiten Jugendziehung hin und kündigt die Fortsetzung des Kampfes für die gleichzeitige internationale Abrüstung und den Erfolg der steuernden Heere durch Volkswaffen an.

Zum Punkt: *Arbeiterkenschaffungsgesetzgebung* werden drei Resolutionen angenommen. Die erste beantragt das Sekretariat der französischen Föderation, einen Bericht über den Stand und über die Handhabung der französischen Schubgesetze auszuarbeiten. Die zweite weist auf die Notwendigkeit des nationalen und internationalen gesetzlichen Arbeiterschutzes hin, mit der gleichzeitigen Belebung des Zusammenhangs des Arbeiter- und Bauernverbands mit der kapitalistischen Wirtschaftsorganisation. Sie erklärt das System des bewaffneten Friedens für eines der Haupthindernisse der Reformen. Darum sei die Verweigerung des Militärbudgets in allen Ländern, ebenso die Bekämpfung neuer Forderungen des Militarismus die Pflicht aller ehrliehen Händler der Reformen. Ihre größte Wirksamkeit erreiche die Arbeiterschaffungsgesetzgebung, wenn sie international werde, weil da der Vorwand der internationalen Konkurrenz wegfallen. Die sozialistische Partei darf auch keine Maßnahmen unterstützen, die eine Ungleichheit zwischen einheimischen und ausländischen Arbeitern herstellen. Endlich betont die Resolution die Notwendigkeit der Organisation, von deren Vervolkommung die Wirksamkeit der Schubgesetze abhänge. — Die dritte Resolution wünscht alljährliche Berichte des internationalen Bureaus über die in den verschiedenen Parlamenten angenommenen und eingebrochenen Schubgesetzwürfe. Das Sekretariat soll von den Sekretären der Parlamentsfraktionen die für die Vereinheitlichung der Schubgesetze nötigen Dokumente einfordern. Endlich sollen bei Gelegenheit des internationalen Kongresse und im Bedarfshilfeskonferenzen sozialistischer Parlamentarier, Juristen und Organisationsvertreter zur gemeinsamen Untersuchung der wichtigsten und dringendsten Fragen des Arbeiterschutzes zusammentreten.

Die Verhandlung über die Frage: Die Genossenschaften und die Partei brachte namentlich zwei Auffassungen zur Geltung, von denen die eine in einer Resolution der Föderation Haute-Vienne präzisiert war. Dazwischen suchte Lafargue einen vermittelnden Standpunkt zu vertreten.

Die Resolution der Seine-Mehrheit sagt im wesentlichen: Die Genossenschaft ist ein notwendiges Element der sozialen Umgestaltung. Sie trägt ihren eigenen Wert für die Erziehung und die Organisation der Proletarier in sich. Sie beschützt die Arbeiter vor habgierigen Zwischenhändlern. Sie gibt ihnen mächtige Mittel der Kritik zur Verbesserung ihrer Lebens-, Arbeits- und Kampfbedingungen und um sich für die schwere und komplizierte Aufgabe kollektiver Verwaltung zu schulen. Sie ist um so fruchtbar in wohltätigen Resultaten, als sie durch ihr Prinzip selbst zu erweiterten Formen hingerichtet wird und unablässig ihr Wirkungsgebiet erweitert, um sich stufenweise bis zur allgemeinen Föderation der genossenschaftlichen Kräfte zu erheben. Indem die Arbeiterklasse in dieser Richtung die Macht ihres Konsums wissentlich macht, trifft sie den häblerischen Parasitismus und schafft sich — selbst gegen die kapitalistische Konkurrenz — weite und sichere Absatzgebiete für eine von ihr selbstorganisierte Produktion. Sie legt auch für ökonomische Krisen bedeutende Reserven an. Sie ist ferner die ländlichen Produzenten ein wertvolles Instrument der Verteidigung gegen die Spekulation, ein Werkzeug auch des technischen Fortschritts vermittelst des gemeinsamen Kaufs und Großhandels der Arbeitssmittel. Die sozialistische Partei hat, als die Partei der Arbeiterklasse und der sozialen Revolution die freie Entwicklung der Genossenschaften zu fördern. Es obliegt ihr, auf ihre unbestreitbaren Vorteile hinzuweisen. Aber indem sie die Institutionen der Arbeiterklasse zum Bewußtsein der Klasseinteressen und des sozialistischen Befreiungsbegriffes erwecken will, wird sie in demselben Augenblick, da sie die Lohnarbeiter zur kooperativen Aktion einlädt, dazu gezwungen, ihnen durch die kapitalistische Konkurrenz gezogene Grenzen zu zeigen, damit sie, über die verdeckten Schwierigkeiten des sozialen Kampfes aufgeklärt, nicht die unausführlichen Bemühungen vergeßen, die die politische und gewerkschaftliche Aktion von ihnen fordern. Die sozialistische Partei, die gegründet worden ist, um der Partei und nicht um sich ihrer zu bedienen, hat die Pflicht, den proletarischen Vereinigungen brüderliche und fräuleinliche Hilfe zu leisten, ohne sich dafür bezahlt machen zu wollen. Ihnen Pflichten gegen die Partei aufzuerlegen, hieße in der geistigen Aktion selbst Unstimmigkeiten hervorrufen, die im Herzen der Partei selbst einen unheilvollen Nachhall finden würden. Das hieße überdies Rekturen abschrecken. Die Partei verzagt sich selbst nicht die Annahme von freiwillig angebotenen Unterstützungen zugunsten ihrer autonomen Aktion, aber sie würde ihre Aktion selbst schädigen, wenn sie ihr Budget auch nur zum Teil auf das Gedanken der Genossenschaften stelle.

Viele suchten die nähere Bekanntheit der teilenden Tochter des Gerichtsdieners zu machen. Lina benahm sich aber ziemlich zurückhaltend. Die Mutter hatte ihr geraten, nur ja recht reserviert zu sein. Das imponierte den Herren stets und auf diese Weise lärmte sie am leichtesten unter die Haube. Frau Rasseiner konnte ja aus Erfahrung sprechen.

Und nun machte ihr das Mädel solche Dummheiten, brachte sich selber ins Gerede. Damit konnte sie sich alle Aussichten auf eine gute Heirat verschonen. Ihre Lina, ihr Ebenbild, ihr Lieblingskind, ihr Stolz und ihre Hoffnung im Leben!

Na, wenn die heut' nach Hause kam! Der wollte sie's zeigen!

Zornig hantierte Frau Rasseiner in der Küche herum. Sie warf das Blechgeschirr durcheinander, daß man das Klirren in der Wohnung hören konnte. Drinnen in der Wohnstube hockten die jüngeren Kinder der Kathl und horchten.

„Die Mutter hat wieder an Grant!“ sagte der achtjährige Anderle alllug.

„Geh' aufh und schaue, was es gibt!“ rief ihm seine ältere Schwester Annele.

„Könnt' mir einfallen!“ lachte der Anderle. „Dass ich wieder an Hasen auf'n Schädel austriag, wie da neustigst!“

„Ob der Vater eppas ang'stellt hat?“ meinte das zwölfjährige Mariele nachdenklich.

„Kann schon sein!“ nickte der Anderle. „Na, der kann si g'reuen!“ frohlockte der Knirps und hüpfte mit seinen bloßen Beinen, die in zerissen, kurzen Höslein steckten, aufgeregt hin und her.

„Is die Lina no nit da?“ schrie da plötzlich die Mutter mit ihrer schrillen Stimme zur Tür herein,

(Fortsetzung folgt.)

wollte. Die Partei fordert demgemäß die Genossen auf, die Genossenschaften rückhaltslos zu unterstützen, um ihren eigenen Vorwürfen willen, da ihre Mitglieder, von einem Teil ihrer Christenlaufen befreit, für den allgemeinen Klassenkampf eine verstärkte Kraft werden zuwenden können.“

Die Resolution der Föderation Haute-Vienne, auf die sich die Stimmen der quädestlichen Richtung vereinigten, führt aus: „Die kooperative Föderation, die nichts andres ist als eine der in der kapitalistischen Produktion möglichen Aktionsgesellschaften, enthält in sich selbst nichts, was sie notwendig zu einer Massenorganisation stempelt wie etwa die Gewerkschaft. Diese Organisationsform kann je nach den Umständen von allen Parteien für ihre Propaganda und Aktion benutzt werden. Ihr Wert hängt ab von dem Gebrauch, den man von ihr macht. Die Arbeiter sind durch den Wunsch, mittels der Verminderung ihrer Lebenskosten ihre Christenlaufen zu verbessern, auch dazu geführt worden, Genossenschaften zu gründen, nämlich Konsumvereine, wo sie die große Notwendigkeit haben. Andersseits hat die Erziehung, sei es von Konsumvereinen, die keine besonders großen Kapitalien erfordern, den Arbeiterorganisationen ein Mittel, einige Genossen vor den Verfolgungen der feindlichen Klasse zu retten. In der Kooperative kann der Arbeiter an einem partiiellen Beispiel sich Nechenschaft darüber geben, was eine von den heutigen Klassen- gesellschaften breite Gesellschaft, wo jeder für das allgemeine Wohl arbeiten würde, ungefähr wäre. Jedoch ist folgendes zu bemerken:

1. können die Gegenseite nur in einem beschränkten Maß verschwinden, solange das Eigentum an allen Produktions- und Austauschmitteln in den Händen einer Klasse bleibt, deren Expropriation zugunsten der Allgemeinheit das Ziel und das Mittel des Sozialismus bleibt.

2. Die Verringerung der Preise der für die Christenlaufe notwendigen Gegenstände würde, wenn sie sich verallgemeinerte, eine Tendenz zur Verbilligung der Lebenskosten und folglich zur Stagnation oder zum Sinken der Löhne herbeiführen.

Demgemäß erklärt der Internationale Kongress: Die sozialistische Partei kann und soll die in der Arbeiterklasse entstandene Genossenschaftsbewegung, die man nicht ohne Nachteil mit ihrer eigenen Organisation verschmelzen könnte, unterstützen, aber sie soll die Arbeiter vor der utopistischen Illusion warnen, die die Möglichkeit ihrer Befreiung in der unendlichen Ausdehnung der Konsum- und soweit möglich auch der Produktionsgenossenschaft erscheinen lassen könnte.

Die Sozialisten sollen in die Arbeitergenossenschaften eindringen, um sich mit den hier zum erstenmal von ihrem Interesse geführten Massengenossen zu vereinen. Sie sollen den Arbeitern dort begreiflich machen, daß die Genossenschaft allein sie nicht retten kann und daß das Heil in der politischen Aktion des Proletariats zur Inbesitznahme der Produktions- und Austauschmittel liegt. Sie sollen sich bemühen, die Arbeiter zu überzeugen, daß sie zu diesem Zweck der sozialistischen Partei bedürfen und daß es in ihrem Klasseninteresse liegt, der Partei Unterstützung und kräftigere Aktionsmittel darzubieten und so die Genossenschaft selbst dazu zu bewegen, um die Stunde der Befreiung der Arbeit zu beschleunigen.“

## 14. ordentliche Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbands.

k. r. Braunschweig, den 10. Juli.

Am Dienstag morgen wurde die Diskussion über den Vorstandsbereich und die dazu vorliegenden Anträge fortgesetzt. Ihre große Mehrzahl ließ auf die Herbeiführung einer viel schärferen und planmäßigeren Agitation hinaus. Verschiedene Gaue sollen geteilt werden. Südddeutschland wollte seinen Gauleitern eine der polnischen Sprache mächtige Hilfskraft zur Seite gestellt sehen. Eine Anzahl Orte wünschten beförderte Ortsbeamte. Besondere Maßregeln (Anstellung eines Beamten, Reichskommission, Lohn- und Arbeitsmittel) wurden verlangt, um die Agitation unter den Zigarettenarbeitern erfolgreicher zu betreiben. Der Vorstand und eine Reihe Filialen hatten beantragt, alle Gaue nach Möglichkeit mit festangestellten Gauleitern zu besetzen. Weiter war die Aufzähnung von Schritten zur Verschmelzung des Verbandes der Zigarettenarbeiter mit dem Tabakarbeiterverband mit dem Tabakarbeiterverband beantragt; ferner die Verschmelzung des letzteren mit dem Fabrikarbeiterverband, wie die Verschmelzung aller in der Nahrung- und Genussmittelbranche beschäftigten Arbeiter zu einem Industrieverbande. Eine Anzahl anderer Anträge ließen auf verarbeitungstechnische Neuerungen, auf Abschaffung der Garantienachfrage und ihren Erfolg durch Ortsarbeitsnachfrage, auf Umwandlung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung in eine Erwerbslosenunterstützung hinan.

Hilisch, der Vertreter der Generalkommission, warnte eindringlich davor, die regulären Unterstützungsfälle noch weiter zu erhöhen. Besonders die Krankenunterstützung belaste den Verband heute schon zu reichlich. Nicht Erhöhung der Unterstützungen, sondern Stärkung des Kampfsonds müßt die Parole sein. Zur Verschmelzungsfrage wünschte er, daß es nicht bei der platonischen Erklärung des Vertreters des Zigarettenarbeiterverbandes bleiben möchte. Die Sortierer seien professionell so eng mit den Tabakarbeitern verwachsen, daß eine Einheitsorganisation nur das natürliche Verhältnis darstellen würde. In der Diskussion sprachen etwa 50 Redner. Ein Antrag forderte die Generalkommission auf, das Krieger dazu zu tun, damit die Verschmelzung der Zigarettenarbeiter mit den Tabakarbeitern zustande kommt. — In der Tätigkeit des Vorstandes waren keinerlei Ausstellungen gemacht worden; der Vorstande Deichmann an konnte sich deßhalb in seinem Schlusssprache darauf beschränken, daß Krieger und Wider der Anträge noch einmal kritisch zu behandeln. Bezüglich der Verschmelzung mit den Zigarettenarbeitern meinte er, daß weniger durch ein Eingreifen der Generalkommission noch durch ein Votum der Generalversammlung die Vereinigung bewirkt werden könnte, sondern von unten heraus, aus den Mitgliederkreisen, mitteile recht kräftig für die Verschmelzung Propaganda gemacht werden.

In der Abstimmung wurden folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Der Anstellung eines Beamten für Braunschweig, Erfurt und Dresden wird zugestimmt; 2. der 9. Gau (Württemberg, Oberschwaben) und der 18. Gau (Ost- und Westpreußen und die beiden Mecklenburgs) sollen in zwei Gaue geteilt werden; 3. alle Gaue werden nach Möglichkeit mit festangestellten Gauleitern besetzt; 4. im Zentralvorstand wird ein zweiter Gauleiter eingestellt; 5. Mitglieder, die zwei Verbänden angehören, behalten ihre statutarischen Rechte; 6. der Vorstand soll eine parlamentarische Ordnung für Mitgliederversammlungen und einen Kommentar zum Statut herausgeben.

Folgende Anträge wurden dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen: 1. in Gaue mit stark ausgedehnter Tabakindustrie den Gauleitern Hilfskräfte beigezugeben; 2. für den Bielefelder Bezirk einen Bezirksssekretär anzustellen; 3. für Breslau einen befördelten Beamten anzustellen; 4. desgleichen für Waldheim, Darschka, Gersingwalde und Döbeln; 5. im Posenschen Gau einen polnisch sprechenden Agitator einzustellen; 6. den Sitz des Gau Würzburg nach Norden zu versetzen; 7. für Südddeutschland baldigst einen Tabakarbeiterkongress einzurichten.

In der Verschmelzungsfraage lehnte die Generalversammlung jeden Beschuß ab, nach einer allerdings sehr persönlichen Erklärung des Vertreters des Sortiererverbandes, daß er innerhalb seiner Organisation nach Kräften für die Ver-